

„Man sollte die Probleme weder dramatisieren noch kleinreden. Armut ist in einem reichen Land wie Deutschland relativ.“

Bundesarbeitsministerin von der Leyen im Dezember 2012¹

Helge Baumann und Eric Seils

Wie „relativ“ ist Kinderarmut?

Armutrisiko und Mangel im regionalen Vergleich

Die Armutsmessung in Deutschland basiert auf dem Konzept der relativen Einkommensarmut. Die Messung folgt einem von der EU gesetzten Standard, wonach Menschen als armutsgefährdet gelten, wenn sie weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens zur Verfügung haben. Dieses Konzept wird oft dafür kritisiert, dass es Niedrigeinkommen und nicht den mit der Vorstellung von Armut verknüpften Mangel misst. In diesem Aufsatz wird auf regionaler Ebene untersucht, inwiefern die relative Einkommensarmut von Kindern zu schlechten Lebensbedingungen führt. Es zeigt sich, dass insbesondere im Osten beträchtliche Mangellagen für Kinder in einkommensarmen Haushalten zu beobachten sind.

Einleitung

Die grundlegenden Daten zur Kinderarmut² in der Bundesrepublik sind bekannt: Die Armutrisikoquote beträgt nach den neuesten Daten für 2012 18,9 Prozent. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert und liegt damit weiterhin über dem Niveau der Gesamtbevölkerung (15,2 Prozent). Bei näherem Hinsehen ergeben sich jedoch weitere Fragen: So verbergen sich hinter der Kinderarmutsquote für die Bundesrepublik erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Regionen. Grundlegender sind die Meinungsverschiedenheiten darüber, inwiefern die so gemessene Einkommensarmut (von Kindern) überhaupt ein Problem darstellt. Während die einen auf die Folgen der Armut für den weiteren Lebensverlauf der Kinder aufmerksam machen (Biedinger 2009; Karlsson und Okoampah 2012; Lampert 2010), halten andere das Konzept der relativen Armut für gänzlich verfehlt (Sinn 2008). So argumentiert Jürgen Volkert, dass die meisten Armutdefinitionen darin übereinstimmen, dass „Armut den Mangel an etwas Wesentlichem“ (Volkert 2008:

¹ Ursula von der Leyen zitiert nach: <http://www.tagesschau.de/inland/armutsbericht118.html>

² Wir danken Eva Munz, Judith Kaschowitz und Ernst Schulte-Holtey für ihre Unterstützung bei diesem Projekt.

41) bedeutet. Dies könne durch das Einkommen aber nur in unzureichender Weise erfasst werden. Eine spezielle Variante dieses allgemeinen Argumentes hebt auf die Verzerrungen ab, die durch regional variierende Preisniveaus entstehen. Je niedriger das Preisniveau, desto weniger Geld ist erforderlich, um Armut im Sinne eines von Mangel geprägten Lebensstandards zu entgehen. Wenn die Armut also indirekt über das Einkommen gemessen werden soll, dann müssten regionale Unterschiede bei den Preisniveaus berücksichtigt werden (Becker und Mertel 2010).

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die vorliegende Analyse mit zwei Fragekomplexen:

- 1) Wie hat sich das Risiko der Einkommensarmut von Kindern in unterschiedlichen Regionen Deutschlands entwickelt?
- 2) Welche materiellen Folgen hat die Einkommensarmut für die Kinder und Jugendlichen?

Der Rest des Aufsatzes ist folgendermaßen gegliedert: Zunächst werden das zugrunde liegende Armutskonzept und die Datenbasis erläutert. Danach wird die Entwicklung der Kinderarmut nach Regionen beschrieben. Im dritten Abschnitt wird untersucht, inwiefern Einkommensarmut bei Haushalten mit Kindern mit tatsächlichem Mangel verknüpft ist. Abschließend wird ein Fazit gezogen.

Armutskonzept und Datenbasis

Das Konzept der relativen Armut wird heutzutage ganz überwiegend anhand eines Standards gemessen, der auf die Europäische Union zurückzuführen ist. Als armutsgefährdet (*at-risk-of-poverty*) gelten danach Personen, die weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens zur Verfügung haben. Grundlage der Berechnung ist das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen nach Abgaben und Transferzahlungen wie Kindergeld, Arbeitslosengeld etc.. Durch Division mit einem Bedarfsgewicht erhält man ein sogenanntes Nettoäquivalenzeinkommen, welches jeder Person im Haushalt zugewiesen wird. Es stellt eine Art bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen dar. Die Bedarfsgewichtung erfolgt anhand der neuen OECD-Äquivalenzskala. Das Gewicht der ersten erwachsenen Person im Haushalt ist 1. Um die Vorteile des gemeinsamen Wirtschaftens zu berücksichtigen erhalten weitere Personen ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5. Kindern unter 14 Jahren wird von der neuen OECD-Äquivalenzskala ein Gewicht von 0,3 zugewiesen, da angenommen wird, dass sie einen geringeren Bedarf haben. Verfügt ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern im Alter von 14 bzw. 8 Jahren also insgesamt über ein Nettoeinkommen von 2.070 Euro, dann ergibt sich beispielsweise für jede Person ein Nettoäquivalenzeinkommen von $2.070 / (1 + 0,5 + 0,5 + 0,3) = 900$ Euro. Im folgenden Schritt werden diese der Höhe nach sortiert und das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen (Median) herausgesucht. Dieser Wert wird als ein „mittleres“ Einkommen der jeweils betrachteten Gesellschaft angesehen. Die Armutsgefährdungsschwelle ist relativ zu diesem

Wert definiert. Sie beträgt 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens.

Haushalte und damit Personen, deren Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze liegt, betrachtet die EU als „armutsgefährdet“. Sie schreckt aber davor zurück, von Armut zu sprechen. Die Ursache ist, dass Einvernehmen darüber besteht, dass „Niedrigeinkommen“ oder „Einkommensarmut“ nicht zwingend mit den Mangelscheinungen einhergehen, die gewöhnlich mit der Vorstellung von Armut assoziiert werden. Andererseits ist eine allgemein anerkannte Definition von Armut, die auf solche Mangellagen (*deprivation*) eingeht, nicht in Sicht, weshalb die Begriffe Armutsrisiko, Armut und Armutsgefährdung hier synonym verwendet werden.³ An dieser Stelle können wir die Frage nach der wahren Natur der Armut jedoch auch getrost beiseite lassen, da es gerade darum geht, festzustellen, wie sich die Einkommensarmut in verschiedenen Regionen entwickelt und welche Mangellagen sie zur Folge hat.

Empirisch stützt sich der vorliegende Aufsatz dazu auf zwei Quellen: Erstens wurde bei IT.NRW eine Sonderauswertung des Mikrozensus in Auftrag gegeben, die die Armutsgefährdungsquoten von Kindern und deren absolute Zahl nach (ehemaligen) Regierungsbezirken umfasst. Es handelt sich dabei um 39 statistische Regionen, die in einigen Fällen mit Bundesländern zusammenfallen.⁴

Der Mikrozensus ist eine amtliche Haushaltsbefragung, die ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland erfasst. Sie ist mit mehr als 800.000 befragten Personen in über 350.000 Haushalten die größte Haushaltsbefragung Europas und deshalb in besonderer Weise geeignet Armut auch in tiefer regionaler Gliederung zu erfassen. Allerdings muss beachtet werden, dass selbst der Mikrozensus auf der Ebene der Regierungsbezirke bei weiteren inhaltlichen Gliederungen an seine Grenzen stößt. So sind aufgrund geringer Fallzahlen die Armutsquoten im Falle des Regierungsbezirkes Trier mit einer erhöhten statistischen Unsicherheit verbunden. Generell ist zu beachten, dass bereits kleine, zufallsbedingte Schwankungen der Armutsschwelle merkliche Veränderungen der Armutsgefährdungsquoten zur Folge haben können. Aus diesem Grunde können nur deutliche regionale Differenzen und stabile Trends inhaltlich interpretiert werden (Ministerium für Arbeit 2012: 72). Auswertungen auf der Ebene der Kreise sind selbst auf der Basis des Mikrozensus nicht möglich. Für kleinräumigere Analysen der Kinderarmut ist es daher notwendig auf die SGB II Statistik zurückzugreifen (Munz 2013: 124-125).⁵

Das Niveau der Armutsschwelle und in geringerem Umfang auch die Höhe der Armutsquoten hängen nicht nur vom tatsächlichen Wohlstandsniveau in der untersuchten Region, sondern auch von der Art und Weise der Einkommensmessung ab. Im Mikrozensus werden sowohl die persönlichen Nettoeinkommen als auch

³ Dies ist in der Literatur praktisch durchgehend der Fall. Entscheidend ist, dass deutlich gemacht wird, was unter Armut verstanden wird.

⁴ Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Thüringen, Sachsen-Anhalt und das Saarland sind auf dieser Ebene nicht weiter untergliedert.

⁵ Vgl. hierzu (Bundesagentur für Arbeit 2013).

das Haushaltsnettoeinkommen erfragt. Die Frage nach dem Haushaltsnettoeinkommen lautet: „Wie hoch war das Nettoeinkommen Ihres Haushaltes im letzten Monat?“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011: 40). Die Angaben werden in 24 Klassen, welche mit der Einkommenshöhe breiter werden, erfasst. Einkommen oberhalb von 18.000 Euro werden durch eine offene Klasse abgedeckt (Gerhardt et al. 2009: 6). Obschon in Zusammenhang mit der Frage nach dem Haushaltsnettoeinkommen an verschiedene Einkommensquellen erinnert wird, handelt es sich letztlich um eine globale Abfrage. Dies hat gegenüber einer Detailerfassung den Nachteil, dass die Befragten oftmals kleine Einkommensbestandteile vergessen. Auch der Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums wird bei der Bestimmung des Nettoeinkommens nicht berücksichtigt. Die Folge ist, dass die Armutsschwelle des Mikrozensus viel niedriger ausfällt, als in den meisten anderen Haushaltsbefragungen, welche für die Armutsforschung genutzt werden (EVS, SOEP, EU-SILC). Der Einfluss auf die ermittelten Armutsgefährdungsquoten ist jedoch gering (Stauder und Hüning 2004). Dass der Mikrozensus das Einkommen in Klassen erfasst, stellt zwar kein grundsätzliches Problem für die Armutsforschung dar (Stauder und Hüning 2004), unterscheidet ihn aber vom SOEP und EU-SILC.⁶ Schließlich bezieht sich das in der Befragung erhobene Einkommen auf den Vormonat, was bei einer laufenden Befragung impliziert, dass sich die Einkommensangaben ganz überwiegend auf das Erhebungsjahr beziehen. Die Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus sind mithin aktueller als jene auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels und von EU-SILC, die das Einkommen des Vorjahres erfragen. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass der Mikrozensus zur wichtigsten Quelle von regionalen Daten zur Einkommensarmut geworden ist.⁷ Allerdings werden Angaben zu den Lebensbedingungen, wie z.B. der Wohnsituation, nicht jährlich erfragt.

Um etwas über die materiellen Folgen der Einkommensarmut zu erfahren, ist es daher notwendig, auf eine andere Quelle zurückzugreifen. An dieser Stelle bietet sich das Panel Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung (PASS) des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung an, welches jährliche Daten zum Einkommen und Kennziffern zu den Lebensbedingungen umfasst (Trappmann et al. 2010). In der fünften PASS-Welle wurden dazu zwischen Februar und September 2011 15.607 Personen in 10.325 Haushalten befragt. Der PASS-Datensatz ist somit viel kleiner als der Mikrozensus, was einer regionalen Gliederung der Ergebnisse enge Grenzen setzt. Die Erfassung des Haushaltsnettoeinkommens, welches den Armutsrisikoquoten auf Basis des PASS zugrunde liegt, ähnelt der des Mikrozensus hingegen durchaus. So lautet die entsprechende Frage:

„Wenn Sie einmal alle Einkünfte Ihres Haushaltes zusammenrechnen, auch die bereits genannten: Wie hoch war das Netto-Einkommen Ihres Haushaltes insgesamt im letzten Monat? (...)“

⁶ In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird das Einkommen sowohl global als auch detailliert erfasst. Die Angaben bei der „globalen“ Selbsteinstufung werden mit Hilfe derselben Einkommensklassen erfasst wie im Mikrozensus (Gerhardt et al. 2009: 10).

⁷ Vgl. hierzu die Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>).

Auf diese Frage (IAB 2012: 51-52, HEK 0600) folgt eine Erinnerung an mögliche kleine Einkommensbestandteile.⁸ Mit Hilfe weiterer Nachfragen (HEK 0700 – HEK 1100) werden die Einkommensangaben in Klassen erfasst, die mit steigendem Einkommen breiter werden. Allerdings beginnt die höchste und nach oben offene Klasse bereits bei einem Monatseinkommen von 5.000 Euro. Diese klassierten Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen werden in eine „integrierte“ Variable verwandelt und mit Hilfe der neuen OECD-Äquivalenzskala bedarfsgewichtet (Berg et al. 2012: 41 und 77). Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass das für die Armutsmessung relevante Haushaltsnettoeinkommen auch beim PASS global und klassiert erfasst wird. Aus der Frage nach dem Haushaltsnettoeinkommen in Verbindung mit der oben erwähnten Feldzeit kann schließlich gefolgert werden, dass sich alle Einkommensangaben auf das Erhebungsjahr beziehen.

Vergleicht man schließlich die Armutsschwellen und Armutgefährdungsquoten, welche sich auf der Basis des PASS bzw. des Mikrozensus ergeben, dann stellt man eine frappierende Übereinstimmung fest: So liegt die Armutsschwelle für 2011 nach dem Mikrozensus bei 848 Euro und damit nur 19 Euro über der Armutsschwelle auf der Grundlage des PASS (829 Euro). Wie Tabelle 1 zeigt, bewegen sich die Armutgefährdungsquoten in unterschiedlichen Regionen Deutschlands auf einem ähnlichen Niveau. Dies wird durch einen einfachen Vergleich mit entsprechenden Kennziffern auf der Grundlage des EU-SILC deutlich. Danach liegen die Armutsschwelle in der Bundesrepublik im Einkommensjahr 2011 bei rund 980 Euro, die Armutquote der Gesamtbevölkerung bei 16,1 Prozent und die Kinderarmut bei nur 15,2 Prozent.

Tabelle 1: Armutgefährdungsquoten nach Regionen, 2011

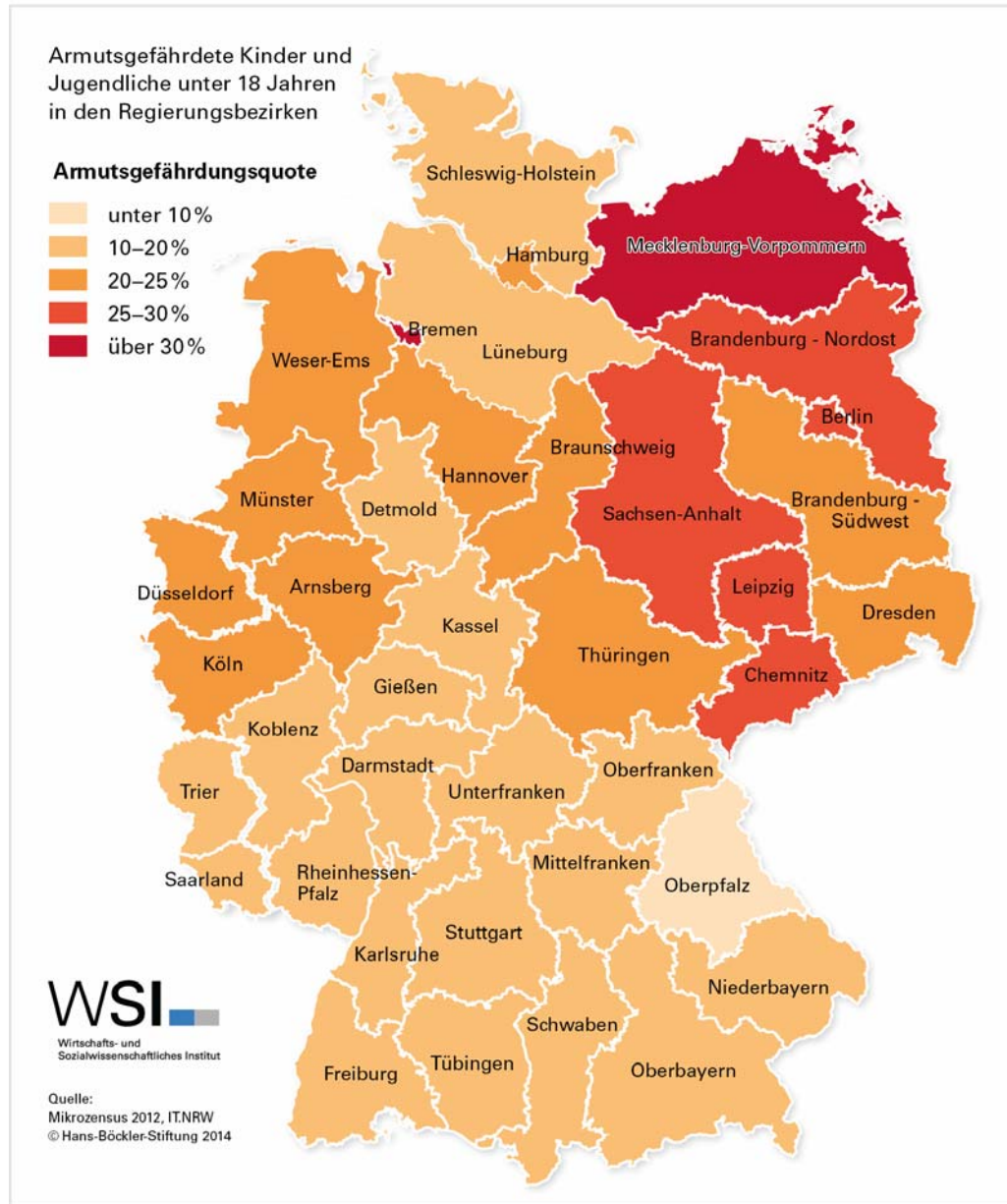
	Kinder		Gesamtbevölkerung	
	PASS	Mikrozensus	PASS	Mikrozensus
Bund	18,2	18,9	15,5	15,1
Alte Länder	17,4	17,6	14,7	14,0
Neue Länder	22,3	25,7	18,6	19,5

Quellen: Amtliche Sozialberichterstattung (<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>), 5. Welle des PASS-Datensatzes, eigene Berechnungen, gewichtete Ergebnisse

Ein zentraler Vorzug des PASS besteht nun darin, dass Armut damit nicht nur indirekt über das Einkommen, sondern auch direkt über vorhandenen Mangel messen kann. Für diesen Zweck enthält der Datensatz Variablen, welche das

⁸ Die Übereinstimmung zwischen Mikrozensus und PASS hält sich jedoch in Grenzen. So wird bei der PASS-Erhebung nach unterschiedlichen Quellen des Haushaltseinkommens gefragt. Diese Angaben gehen jedoch nicht in die Armutsmessung ein.

Abb. 1: Kinderarmut in Deutschland nach Regierungsbezirken, 2012



Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW, Darstellung der Hans-Böckler-Stiftung

Anmerkung: Die der Karte zugrunde liegenden Daten können in Appendix I eingesehen werden. Es handelt sich um statistische Regionen, die auf der Verwaltungsebene den Regierungsbezirken entsprechen. Zahlreiche Regierungsbezirke sind inzwischen aufgelöst. Im Falle Brandenburgs entsprechen die Regionen den aufgelösten NUTS-II-Regionen.

Wohlstandsniveau des Haushaltes messen, indem erfragt wird, ob eine weithin als wichtig erachtete Reihe von Gütern vorhanden ist bzw. vom Haushalt finanziert werden kann. Diese beziehen sich unter anderem auf die Wohnung, Nahrung und Kleidung. Darüber hinaus liegen Informationen zur finanziellen Situation vor. Diese können mit den Einkommensdaten verknüpft werden, so dass durch Vergleiche zwischen armen und nicht-armen Haushalten geprüft werden kann, inwiefern relative Einkommensarmut mit einem Mangel an wichtigen Gütern einhergeht. Angesichts der weitgehenden Übereinstimmung von PASS und Mikrozensus hinsichtlich der Messung der Einkommensarmut erscheint es sinnvoll, die aus dem Vergleich gewonnenen Erkenntnisse für die Interpretation von Armutsrisikoquoten auf der Basis des Mikrozensus zu verwenden.

Die regionale Entwicklung der Kinderarmut in Deutschland

In der Abbildung 1 sind die regionalen Unterschiede mit Bezug auf die Einkommensarmut unter Kindern auf der Ebene (ehemaliger) Regierungsbezirke dargestellt. Um den Text nicht über Gebühr aufzudehnen, sollen an dieser Stelle nur einige Auffälligkeiten der regionalen Entwicklung hervorgehoben werden.

1) Die Farbgebung der Karte lässt unmittelbar erkennen, dass die Armutsgefährdungsquoten in den Regionen des Ostens noch immer höher sind als im Westen. Allerdings haben sich die Armutsrisikoquoten Ost- und Westdeutschlands seit 2005 deutlich angenähert. Dies ist auf die Abnahme der Kinderarmut im Osten zurückzuführen. Allerdings ist sie nach dem Tiefpunkt von 2010 wieder etwas angestiegen.

2) Dies passt zu dem Befund, dass das Armutsrisiko von Kindern derzeit in Bremen mit 33,7 Prozent am höchsten ist. Allerdings folgt mit Mecklenburg-Vorpommern eine ostdeutsche Region mit einem minimalen Abstand von nur 0,2 Prozentpunkten. Am niedrigsten ist die Kinderarmut in der Oberpfalz mit 9,9 Prozent (vgl. Appendix I). Allerdings fallen die Kinderarmutsquoten auch in den anderen Regionen Bayerns und Baden-Württembergs vergleichsweise niedrig aus.

3) In absoluten Zahlen leben die meisten einkommensarmen Kinder in den Regionen Düsseldorf (186.000), Köln (145.000), Arnsberg (143.000) und Berlin (136.000). Knapp ein Viertel (24,9 Prozent) aller Kinder unterhalb der Armutsgrenze lebt in einer dieser Regionen (vgl. Appendix II).

4) Besonders erfreulich ist die Entwicklung der Kinderarmut in der Region Thüringen. Dort ist das Armutsrisiko seit 2005 kontinuierlich von 29,2 auf 21,0 Prozent zurückgegangen. Weitere ostdeutsche Regionen mit einer auffällig positiven Entwicklung sind Sachsen-Anhalt (-4,6 Prozentpunkte) und die Region Dresden mit einem Rückgang von 4,0 Prozentpunkten.

5) In der Region Gießen ist das Armutsrisiko für Kinder zwischen 2005 und 2012 von 19,3 auf 15,2 Prozent zurückgegangen. Die Oberpfalz ist eine westdeutsche Region, in der die Armutsgefährdungsquote von niedrigem Niveau sogar noch

deutlicher (-4,4 Prozentpunkte) zurückgegangen ist. Allerdings sollte dieses Ergebnis mit Vorsicht interpretiert werden, weil die Entwicklung recht deutlich schwankt.

6) Das Ausmaß und die Entwicklung der Einkommensarmut unter Kindern in den Regionen Nordrhein-Westfalens sind bedenklich. So ist die Kinderarmutsquote im Regierungsbezirk Arnsberg seit 2005 um 2,9 Prozentpunkte auf nun 24,3 Prozent geklettert. Auch in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln ist die Kinderarmut gestiegen. Den höchsten Anstieg des Armutsrisikos für Kinder in der Bundesrepublik hat jedoch der Regierungsbezirk Münster zu verzeichnen. Dort ist das Armutsrisiko für Kinder von 18,0 Prozent (2005) auf 22,4 Prozent (2012) gestiegen. Allein im Regierungsbezirk Detmold ist die Armutsgefährdungsquote der Kinder unter 18 im selben Zeitraum um 2,3 Prozentpunkte gefallen.

Welcher Mangel ist für die Kinder mit der Einkommensarmut verbunden?

Mit Hilfe des PASS-Datensatzes ist es nun möglich, zu untersuchen, welche Folgen die Einkommensarmut für den Lebensstandard hat. Für diesen Zweck wurde danach gefragt, ob bestimmte Gegenstände im Haushalt vorhanden sind oder nicht. Weitere Fragen beziehen sich darauf, ob bestimmte Aktivitäten durchgeführt werden können (Lietzmann et al. 2011). Insgesamt wurden in der 5. Welle dazu 23 Fragen gestellt, die sich auf die Bereiche Wohnen, Nahrung/Kleidung, langlebige Verbrauchsgüter, soziale Aktivitäten und die finanzielle Situation beziehen (Trappmann et al. 2010: 617). In der Tabelle 2 sind die Anteile der Kinder wiedergegeben, die in Haushalten leben, in denen diese Güter *nicht* zur Verfügung stehen bzw. in denen auf die entsprechenden Aktivitäten verzichtet wird. Die Angaben erfolgen erstens regional gegliedert. Zweitens wird zwischen allen Kindern in der Region und jenen, die in Haushalten unter der Armutsgrenze leben, differenziert. Durch diesen Vergleich erübrigt sich auch eine Beschränkung auf die Fälle, in denen die Befragten angeben, *aus finanziellen Gründen* auf die Güter zu verzichten, da kaum zu erwarten ist, dass einkommensschwache Familien besonders häufig aus anderen Gründen verzichten.⁹ Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass sie sich auf den Haushalt beziehen. Eine Unterversorgung mit einem bestimmten Gut, wie z.B. Winterkleidung, kann sich auf alle oder nur einzelne Mitglieder des Haushaltes beziehen. In der Tat ist es in einkommensschwachen Familien üblich, dass Eltern bzw. Mütter verzichten, um ihre Kinder ausreichend versorgen zu können (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013: 74).

Die Zahlen lassen einige interessante Schlussfolgerungen zu:

⁹ Ein Vorteil dieses Vorgehens besteht darin, dass sich die Analyse auf Antworten nach objektiven Lebensumständen und nicht auf Angaben über Motivationen stützt. Große Unterschiede zwischen beiden Varianten sind nach ersten Ergebnissen aus der Literatur nicht zu erwarten (Christoph und Lietzmann 2013: 179, FN 16).

Tabelle 2: *Kinderarmut und Mangel in West- und Ostdeutschland, 2011*

	West		Ost	
	alle	arm	alle	arm
Kleidung / Nahrung				
Ausreichende Winterkleidung?	2,8	9,7	7,3	12,1
Ab und zu neue Kleidung?	11,8	25,6	14,9	27,9
Eine warme Mahlzeit pro Tag?	0,7	0,6	2,8	4,3
Wohnen				
Ausreichend Zimmer?	15,4	27,3	14,4	33,0
Wohnung ohne feuchte Wände?	4,4	9,1	8,3	14,0
Bad innerhalb der Wohnung?	0,8	0,8	0,4	0,0
Innentoilette?	0,0	0,0	1,5	1,7
Garten, Balkon oder Terrasse?	4,3	11,9	15,9	28,4
Langlebige Verbrauchsgüter				
Waschmaschine vorhanden	1,1	2,4	0,1	0
Auto vorhanden?	11,1	31,5	19,1	38,4
Fernseher?	2,3	4,0	6,7	1,9
Video/DVD-Player?	6,2	15,8	8,2	17,6
Computer & Internet?	4,4	15,6	9,5	19,4
Soziale Aktivitäten				
Einwöchiger Urlaub pro Jahr?	37,8	69,5	37,8	71,5
1 x Freunde zuhause zum Essen einladen pro Monat?	45,6	51,5	51,0	69,5
Restaurantbesuch pro Monat?	59,3	76,9	62,5	87,4
Kino-, Konzert- oder Theaterbesuch pro Monat?	36,2	65,8	40,5	71,3
Finanzielle Situation				
Festen Betrag sparen?	31,2	68,2	44,5	70,9
Abgenutzte aber brauchbare Möbel ersetzen?	42,9	68,5	44,6	66,5
Unerwartete Ausgaben, z.B. Waschmaschine, ersetzen?	14,3	37,2	15,5	37,5
Teilw. nicht erstatteter Zahnersatz, Brille etc. selbst zahlen?	10,8	34,5	8,9	27,6
Miete pünktlich zahlen?	0,5	2,8	6,6	10,4
Energierrechnung pünktlich zahlen?	1,8	7,9	4,7	6,1

Quelle: PASS, 5. Welle, 2011, eigene Berechnungen

Anmerkungen: Neue Länder einschließlich Berlin, gewichtete Ergebnisse

1) Die Versorgungslage von Kindern in einkommensarmen Haushalten („arm“) ist unabhängig vom Landesteil und den einzelnen Gütern schlechter als die der Kinder in der Gesamtbevölkerung („alle“). So zeigt sich, dass 9,7 Prozent der armen Kinder in Westdeutschland in einem Haushalt leben, in dem nicht ausreichend Winterkleidung für die gesamte Familie vorhanden ist. Unter allen Kindern in Westdeutschland sind es hingegen nur 2,8 Prozent. Im Osten leben 12,1 Prozent der armen Kinder und 7,3 Prozent aller Kinder in einem Haushalt mit einer unzureichenden Versorgung mit Winterkleidung. Abweichungen von diesem an sich wenig überraschenden Ergebnis gibt es bei einigen Gütern, auf die fast niemand verzichten muss („Bad innerhalb der Wohnung“, „Innentoilette“). Das abwegige Ergebnis beim *item* „Fernseher“ im Osten könnte auf die geringen Fallzahlen zurückzuführen sein. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass die Einkommensarmut von Haushalten mit Kindern zu Mängeln bei der Versorgung mit wichtigen Gütern führt.

2) Nicht nur die Armutsquote der Kinder im Osten ist höher als die im Westen, sondern auch der Lebensstandard geringer: Der Anteil aller Kinder („alle“), der in Haushalten ohne die abgefragten Güter lebt, ist im Osten fast durchgehend höher als im Westen. So leben in den neuen Bundesländern 8,3 Prozent der Kinder in Haushalten mit feuchten Wänden, während es im Westen nur 4,4 Prozent aller Kinder sind. Eine Ausnahme bildet hier die Frage nach der Fähigkeit, die Energierechnung inkl. Wasserkosten pünktlich zahlen zu können. Der Anteil der Kinder, die in Haushalten leben, denen dies schwer fällt, ist im Osten etwas geringer als im Westen. Allerdings fällt es den westdeutschen Haushalten mit Kindern leichter ihre Mietkosten regulär zu zahlen. Möglicherweise hängt dies mit unterschiedlichen Zahlungsmodalitäten zusammen. Insgesamt ist das Zahlenwerk allerdings mit der Vorstellung, dass die Einkommensarmut im Osten zwar rechnerisch höher ist als im Westen, sich aber aufgrund der niedrigeren Lebenshaltungskosten weniger drückend gestaltet, kaum zu vereinbaren. Der niedrigere Lebensstandard im Osten schlägt sich vielmehr in einer schlechteren Versorgungslage der Haushalte mit Kindern nieder.¹⁰

3) Mangel tritt daher im Osten auch bei solchen Gütern auf, die auf einen „Mangel an etwas Wesentlichem“ (Volkert 2008: 41) schließen lassen. Dies gilt neben den bereits erwähnten Beispielen auch für die Frage nach der täglichen warmen Mahlzeit.

¹⁰ Freilich können Preisdifferenzen durchaus einen Unterschied bei der Kaufkraft eines gegebenen Einkommens ausmachen. Allerdings gibt es auch gewichtige Gründe, mit denen das vorliegende Ergebnis plausibilisiert werden kann: Erstens können die Preisunterschiede kleiner sein als die Einkommensunterschiede. Wenn die Einkommen im Osten tiefer unter der Armutsgrenze liegen als im Westen, helfen Preisunterschiede nur bedingt. Zweitens variieren die Preise für einige Güter des täglichen Bedarfs (Heizöl, Lebensmittel) kaum (Becker und Mertel 2010: 395). Schließlich lebt ein substantieller Anteil der einkommensarmen Menschen von Leistungen nach dem SGB II. Dies schließt die stark regional variierenden Kosten der Unterkunft ein. Ein niedriges Mietniveau übersetzt sich so in eine niedrige Sozialleistung.

Fazit

Die Kinderarmut variiert regional deutlich. Während in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern mehr als ein Drittel der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren einkommensarm sind, leben nur knapp 10 Prozent der Gleichaltrigen in Oberbayern in Armut. Generell ist die Einkommensarmut unter Kindern im Osten verbreiteter als im Westen. Während die Kinderarmut in den Regionen Ostdeutschlands jedoch seit 2005 gesunken ist, stieg sie insbesondere in einigen Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens deutlich an.

Die relative Einkommensarmut hat für die davon betroffenen Kinder durchaus materielle Folgen. Armutsgefährdete Haushalte mit Kindern weisen generell eine schlechtere Versorgung mit relevanten Gütern auf. Trotz eines möglicherweise niedrigeren Preisniveaus gilt das in besonderem Maße für den Osten. Armutsgefährdete Kinder im Osten leben teilweise in Haushalten, in denen auch wesentliche Güter nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind.

Literatur

- Becker, Bernd , und Bettina Mertel. 2010. Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland. *Wirtschaft und Statistik* (4): 383-395.
- Berg, Marco, Ralph Cramer, Christian Dickmann, Reiner Gilberg, Birgit Jesske, Martin Kleudgen, Arne Bethmann, Benjamin Fuchs, Mark Trappmann, und Anja Wurdack. 2012. Codebuch und Dokumentation des 'Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung' (PASS) Datenreport Welle 5. Nürnberg. http://fdz.iab.de/de/FDZ_Individual_Data/PASS/Working_Tools.aspx (Stand: 12.12.13).
- Biedinger, Nicole. 2009. Kinderarmut in Deutschland: Der Einfluss von relativer Einkommensarmut auf die kognitive, sprachliche und behavioristische Entwicklung von 3-4-jährigen Kindern. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 29 (2): 197-214.
- Bundesagentur für Arbeit. 2013. Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II im Juni 2013. Nürnberg. <http://statistik.arbeitsagentur.de> (Stand: 11.12.13).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. 2013. Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin. http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 12.03.2013).
- Christoph, Bernhard, und Torsten Lietzmann. 2013. Je länger, je weniger? Zum Zusammenhang zwischen der Dauer des ALG II Leistungsbezugs und den materiellen Lebensbedingungen der Betroffenen. *Zeitschrift für Sozialreform*: S.167-196.
- Gerhardt, Anke, Karin Habenicht, und Eva Munz. 2009. Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik. *Statistische Analysen und Studien*. Düsseldorf. http://www.it.nrw.de/statistik/analysen/stat_studien/2009/band_58/z08920095_4.pdf (Stand: 29.11.12).

- IAB. 2012. Haushaltsfragebogen zur Panelstudie "Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung" Welle 5(2011). Nürnberg.
http://fdz.iab.de/de/FDZ_Individual_Data/PASS/Working_Tools.aspx (Stand: 12.12.13).
- Karlsson, Martin, und Sarah Okoampah. 2012. Zum Zusammenhang von Armut und Gesundheit. *Der Bürger im Staat* 62 (4): 231-240.
- Lampert, Thomas. 2010. Gesundheitliche Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. *Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes*. Berlin.
http://www.gbebund.de/gbe10/owards.prc_show_pdf?p_id=13077&p_sprache=d&p_uid=&p_aid=&p_lfd_nr=1 (Stand: 12.12.13).
- Lietzmann, Torsten, Silke Tophoven, und Claudia Wenzig. 2011. Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände. *IAB-Kurzbericht* 2011 (6): 1-11.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). 2012. *Sozialbericht NRW 2012*. Düsseldorf: MAIS.
- Munz, Eva. 2013. Armutsgefährdungsquote und Mindestsicherungsquote: Zwei Indikatoren zur Messung monetärer Armut. *Sozialer Fortschritt* 62 (5): 123-131.
- Sinn, Hans-Werner. 2008. Der bedarfsgewichtete Käse und die neue Armut. *Ifo-Schnelldienst* 61 (10): 14-16.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. 2011. Mikrozensus 2011.
http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/mikrozensus/gwap_kdfv/index.asp (Stand: 12.12.13).
- Stauder, Johannes, und Wolfgang Hüning. 2004. Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus. Düsseldorf: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen.
http://www.it.nrw.de/statistik/analysen/stat_studien/2004/band_13/stauder_huening_13_2004.pdf (Stand: 25.05.12).
- Trappmann, Mark, Stefanie Gundert, Claudia Wenzig, und Daniel Gebhardt. 2010. PASS - A Household Panel Survey for Research on Unemployment and Poverty. *Schmollers Jahrbuch* 130 (4): 609-622.
- Volkert, Jürgen. 2008. Armut und Reichtum in Deutschland. Eine kritische Betrachtung der "Einkommensarmut". *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg* 2008 (1): 41-44.

Appendix I: Armutsrisikoquoten nach Regierungsbezirken, 2005-2012

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Baden-Württemberg	12,9	12,1	12,0	11,9	12,9	13,2	13,2	13,2
Freiburg	12,2	9,6	8,7	11,1	12,2	12,3	11,7	12,8
Karlsruhe	13,6	13,3	13,5	12,6	15,0	15,0	14,3	14,8
Stuttgart	13,2	13,1	12,8	12,2	13,1	13,3	14,3	13,8
Tübingen	12,3	11,3	12,1	11,0	10,2	11,5	10,8	10,2
Bayern	13,9	12,8	12,8	12,2	12,5	11,6	11,8	11,7
Mittelfranken	16,7	15,6	15,7	16,0	15,4	12,9	15,6	14,1
Niederbayern	12,9	12,1	12,2	11,9	10,4	10,6	9,8	10,5
Oberbayern	11,7	10,3	10,6	9,8	9,9	9,5	10,2	10,2
Oberfranken	17,0	15,5	15,9	13,9	17,0	15,4	14,6	16,5
Oberpfalz	14,3	12,6	12,0	10,6	14,9	12,5	9,3	9,9
Schwaben	13,3	13,0	13,1	13,7	12,1	11,7	12,3	11,6
Unterfranken	15,9	15,4	14,3	13,2	14,6	14,1	13,2	13,2
Berlin	26,7	23,0	23,4	25,2	25,9	24,7	27,1	26,9
Brandenburg	26,9	26,9	23,4	21,0	21,5	20,9	20,9	24,9
Brandenburg-Nordost	28,1	30,4	25,2	24,0	24,7	23,4	24,3	26,0
Brandenburg-Südwest	25,9	23,9	21,9	18,4	18,7	18,8	18,3	23,9
Bremen	34,9	31,3	26,3	32,7	28,6	31,3	32,6	33,7
Hamburg	23,2	21,2	20,9	22,0	21,7	19,9	22,0	21,3
Hessen	17,8	16,4	15,9	16,4	16,0	15,3	15,4	16,3
Darmstadt	17,2	16,0	15,8	16,1	15,6	14,7	15,4	16,7
Gießen	19,3	17,4	16,0	17,0	17,7	14,9	13,0	15,2
Kassel	18,5	16,9	16,1	16,7	15,7	17,7	17,3	16,3
Mecklenb.-Vorpomm.	34,2	32,6	34,3	34,5	32,8	29,9	30,1	33,5
Niedersachsen	20,7	21,6	21,3	21,5	20,8	20,5	20,8	21,1
Braunschweig	19,2	19,9	19,3	18,9	19,5	21,2	20,0	21,1
Hannover	21,2	22,0	23,3	22,5	22,8	22,4	22,4	21,6
Lüneburg	21,1	19,1	18,5	19,7	17,6	16,7	18,1	19,3
Weser-Ems	20,9	23,8	22,8	23,6	22,3	21,3	21,7	21,8
Nordrhein-Westfalen	20,4	19,7	20,0	20,3	21,0	20,9	22,8	21,8
Arnsberg	21,4	22,9	23,9	23,1	24,2	23,6	25,1	24,3
Detmold	19,9	18,1	19,2	18,0	17,9	20,7	21,0	17,6
Düsseldorf	21,8	18,9	20,0	20,2	21,8	20,8	23,8	22,7
Köln	19,5	18,2	17,7	19,0	19,4	19,2	21,4	20,2
Münster	18,0	20,6	19,3	20,4	20,8	20,0	21,5	22,4
Rheinland-Pfalz	17,7	16,6	17,1	18,2	18,2	19,1	19,3	18,4
Koblenz	19,4	18,5	19,9	21,1	19,8	20,5	20,7	19,5
Rheinessen-Pfalz	17,2	16,1	16,9	17,9	18,3	19,7	19,7	19,2
Trier	14,3	12,6	(10,3)	(10,8)	13,3	12,9	(13,6)	(12,2)
Saarland	19,3	21,4	21,1	18,6	19,5	16,5	19,8	19,4
Sachsen	27,2	26,3	27,4	25,1	26,1	26,3	26,4	25,1
Chemnitz	28,6	26,6	27,7	23,9	25,3	26,9	27,6	26,7
Dresden	24,7	25,5	25,8	23,7	24,8	22,1	23,4	20,7
Leipzig	29,4	27,3	29,5	29,5	29,5	32,6	29,4	29,9
Sachsen-Anhalt	33,8	32,5	31,6	33,4	31,7	26,0	28,1	29,2
Schleswig-Holstein	17,8	16,1	15,6	16,9	17,2	16,0	16,1	15,6
Thüringen	29,2	28,1	28,1	26,2	26,7	23,7	21,3	21,0
Deutschland	19,5	18,6	18,4	18,4	18,7	18,2	18,9	18,9

Quelle & Anmerkung: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW, () statistisch unsicher

Appendix II: Armutsgefährdete Kinder in 1.000 nach Regierungsbezirken

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Baden-Württemberg	262	241	236	231	246	246	241	241
Freiburg	52	41	36	46	49	48	45	49
Karlsruhe	66	65	65	60	70	68	63	66
Stuttgart	98	95	92	88	93	92	99	95
Tübingen	46	41	43	37	34	36	34	31
Bayern	315	291	286	267	268	244	246	243
Mittelfranken	49	47	47	47	43	35	44	39
Niederbayern	30	27	26	26	22	22	19	20
Oberbayern	87	78	81	74	73	70	75	75
Oberfranken	33	30	29	24	29	24	23	27
Oberpfalz	29	25	23	20	28	23	16	18
Schwaben	46	43	43	44	39	37	39	36
Unterfranken	40	40	35	31	34	32	29	28
Berlin	135	114	114	121	124	119	134	136
Brandenburg	101	96	80	69	69	68	69	84
Brandenburg-Nordost	49	50	40	38	37	36	36	39
Brandenburg-Südwest	53	46	40	32	32	32	34	45
Bremen	36	32	27	33	28	31	32	33
Hamburg	62	57	57	59	57	52	58	57
Hessen	192	174	166	169	163	153	152	161
Darmstadt	113	104	102	103	99	91	96	104
Gießen	38	33	30	31	31	25	23	27
Kassel	41	37	34	35	33	36	33	30
Mecklenb.-Vorpomm.	87	78	78	73	68	62	63	72
Niedersachsen	310	317	308	307	292	280	279	281
Braunschweig	54	57	54	50	49	53	50	53
Hannover	80	79	83	80	80	78	78	74
Lüneburg	70	64	62	64	57	52	54	59
Weser-Ems	106	117	110	114	105	97	96	95
Nordrhein-Westfalen	678	643	639	636	647	627	678	636
Arnsberg	145	155	156	150	152	147	153	143
Detmold	80	71	74	68	67	76	76	62
Düsseldorf	204	172	177	176	185	174	195	186
Köln	156	144	139	145	145	139	155	145
Münster	91	101	93	97	98	91	98	101
Rheinland-Pfalz	132	121	122	128	123	125	124	117
Koblenz	55	50	54	57	51	52	52	48
Rheinhausen-Pfalz	63	59	58	61	61	63	61	59
Trier	13	12	(10)	(10)	12	11	(11)	(10)
Saarland	34	36	35	30	30	25	29	28
Sachsen	159	148	148	131	133	136	140	136
Chemnitz	61	55	56	46	47	50	53	51
Dresden	58	57	55	50	51	46	50	45
Leipzig	39	35	37	36	36	40	38	40
Sachsen-Anhalt	117	107	97	96	89	74	79	84
Schleswig-Holstein	93	83	79	84	84	77	76	73
Thüringen	98	88	83	74	73	65	59	59
Deutschland	2815	2625	2553	2507	2491	2381	2457	2446

Quelle & Anmerkung: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW, () statistisch unsicher

Herausgeber: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der
Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf,
Telefon 0211 7778-205, Telefax 0211 7778-190

Redaktionsleitung: Prof. Dr. Brigitte Unger

Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenan-
gabe zulässig.

Hans **Böckler**
Stiftung 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.
